

Editorial

Artikel 2 der amerikanischen Verfassung überträgt dem Präsidenten die Verantwortung für die Außen- und Sicherheitspolitik der Vereinigten Staaten. Seit Ende des Zweiten Weltkrieges war die amerikanische Außenpolitik von zwei Großstrategien geprägt: dem Realismus, basierend auf der Annahme, dass Eindämmung und Abschreckung (der Sowjetunion) ein Gleichgewicht der Macht sicherstellen, und dem Liberalismus, basierend auf der Idee, dass eine Institutionalisierung internationaler Beziehungen neue Märkte eröffnen und zur friedlichen Integration demokratischer Marktwirtschaften beisteuern würde. Die gleichzeitige Verfolgung beider Strategien legte das konzeptionelle Fundament für Amerikas globalen Führungsanspruch – sowohl militärisch wie wirtschaftlich.

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion blieb die USA als alleinige Supermacht übrig, deren Einfluss nun die gesamte Welt umspannt. Amerikas Position war geprägt von nie da gewesener militärischer Macht, Wirtschaftswachstum und kultureller Anziehungskraft. Sehr schnell wurden die Vereinigten Staaten zu einer „Kraft für Frieden, Reichtum und die universellen Werte von Demokratie und Freiheit“. Ganz im Sinne dieser Sichtweise erklärte Präsident Clinton in seiner Sicherheitsstrategie von 1996: „Je mehr Demokratie sowie politische und wirtschaftliche Liberalisierung in der Welt umgesetzt werden...umso sicherer wird unsere Nation werden und umso besser wird es unserer Bevölkerung gehen“.

Trotz hehrer Versprechungen sind die Ergebnisse von Clintons Strategie der Demokratisierung und selektiver militärischer Interventionen bestenfalls gemischt. Fehler in Somalia und Ruanda, die umfassende Entsendung amerikanischer Truppen in die Konflikte im früheren Jugoslawien, sowie die wachsende Bedrohung durch Terrorismus rief massive Kritik darüber hervor, dass das amerikanische Militär überdehnt sei und unzureichend unterstützt werde und führte zu immer lauter werdenden Forderungen nach amerikanischem Isolationismus. Als logische Folgerung argumentierte der Präsidentschaftskandidat George W. Bush im Jahr 2000 dann auch gegen eine Erweiterung amerikanischer außenpolitischer Zusagen. Als Präsident änderte Bush seine strikte Opposition dann aber bald nach den terroristischen Anschlägen vom 11. September 2001. Seit jenem schicksalsträchtigen Morgen hat die amerikanische Führung Kriege in zwei Ländern begonnen und einigen anderen mit der Anwendung von Gewalt gedroht, sich aus internationalen Vereinbarungen zurückgezogen und Völkerrecht verletzt, Gegner bedroht und Verbündete befremdet, Freunde unter Druck gesetzt und die öffentliche Meinung weltweit gegen sich aufgebracht. In vielerlei Hinsicht haben die außenpolitischen Entscheidungen der Bush Administration nicht nur Amerikas globalen Führungsanspruch unterminiert, sie haben auch zu einer weltweiten Verringerung von Frieden und Sicherheit geführt. Generell gefasst stellt dies den Hintergrund dar, vor dem die amerikanische Bevölkerung aufgerufen ist, im November einen neuen Präsidenten zu wählen.

Zum ersten Mal seit 1928 wird diesmal kein Amtsinhaber zur Wahl antreten. Präsident Bushs Beliebtheitswerte liegen seit über einem Jahr um die 30 Prozent, etwa doppelt so viele Amerikaner finden, dass er sein Amt schlecht ausübt. Niemand, der im letzten Jahr in die USA gereist ist oder der den Wahlkampf in den Medien mit verfolgt, kann sich des Gefühls erwehren, dass Amerika einen politischen Wechsel sucht. Was bedeutet dies aber für Amerikas internationale Stellung? Können wir Kontinuität oder eine Richtungsänderung erwarten? Welche außenpolitischen Veränderungen werden die Kandidaten beider Parteien einleiten? Wie werden oder sollten sie den stetig wachsenden Sicherheitsbedrohungen begegnen und dabei gleichzeitig Wohlstand und Lebensqualität für die amerikanische Bevölkerung steigern? Inwieweit werden zukünftige Bedrohungsszenarien und Sicherheitsstrategien vom Krieg gegen den Terror geprägt werden? Wird Washingtons mittelfristige Politik weiterhin von unilateralen Entscheidungen einer alleinigen globalen Supermacht geprägt sein oder wird es Raum geben für Multilateralismus? Wie können und sollten ärmere Teile der Welt von diesen Aussichten profitieren? Die Beiträge zu diesem Heft von Sicherheit und Frieden werden diesen Fragen auf den folgenden Seiten nachgehen.

Thomas Jäger und *Peter Rudolf* bewerten die Führungsrolle der Vereinigten Staaten für die Zeit nach Bush aus strategischer Sicht und ziehen ähnliche, gleichermaßen ernüchternde Schlussfolgerungen: Washington wird seine außenpolitischen Entscheidungen nach wie vor auf der Basis eines hegemonialen Machtanspruchs treffen. Obwohl *Karsten Voigt* ebenfalls denkt, dass die USA ihren Anspruch, eigenmächtig im nationalen Interesse zu handeln, nicht aufgeben werden, werden seiner Einschätzung nach die künftigen transatlantischen Beziehungen von verstärktem Pragmatismus und der Bereitschaft, die europäischen Verbündeten stärker zu konsultieren, geprägt sein. Aus Sicht eines Praktikers appelliert *F. William Smullen* für effektive, an die Öffentlichkeit gerichtete diplomatische Bemühungen zur Aufbesserung des globalen Images der Vereinigten Staaten. *Ramesh Thakur* analysiert das künftige Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und den Vereinten Nationen in vier Kernbereichen: Anwendung militärischer Gewalt, friedensschaffende Maßnahmen, Nuklearwaffen und Klimawandel. *Bernd Kubbig* und *Sven-Eric Fikenscher* beleuchten in einem referierten Beitrag das komplexe und komplizierte Verhältnis zwischen den USA und dem Iran.

In der Rubrik »Beiträge aus Sicherheitspolitik und Friedensforschung« beschäftigt sich *Uwe Jenisch* mit den heutigen Risiken und verfügbaren rechtlichen Instrumenten für die Sicherheit in deutschen Hoheitsgewässern. *Philipp Rotmann* analysiert in seinem referierten Beitrag die Erfolge und Misserfolge bei den Bemühungen um eine Polizeidoktrin für Friedenseinsätze der UNO.

Die nächste Ausgabe von S+F wird sich mit dem Thema »Regulierung von privaten Sicherheitsfirmen« befassen.

Volker Franke

Editorial

Article 2 of the US Constitution grants the president authority over American foreign and security policy. Since the end of World War II, American foreign policy has been influenced by two grand strategies: realism, organized around the belief that containment and deterrence (of the Soviet Union) could ensure a global balance of power; and liberalism, based on the idea that institutionalizing international relations would open economies and lead to the peaceful integration of market democracies. The parallel pursuit of both strategies laid the conceptual groundwork for America's global leadership, both militarily and economically.

With the collapse of the Soviet Union, the United States emerged as the sole remaining superpower, the only state whose influence stretched across the entire globe. America's position was based on unparalleled military might, economic prosperity and cultural allure. And quickly the US was seen as a "force for peace, prosperity and the universal values of democracy and freedom." Subscribing to this view, President Clinton proclaimed in his 1996 National Security Strategy that "the more that democracy and political and economic liberalization take hold in the world...the safer our nation is likely to be and the more our people are likely to prosper."

Despite great promise, Clinton's record of democratic engagement and enlargement and selective military intervention is mixed at best. Failures in Somalia and Rwanda, the massive use of American forces in the conflicts in the former Yugoslavia, and the growing threat of terrorism generated stark criticism that America's military was overstretched and undersupported and led to ever louder calls for American isolationism. Consequently, during the 2000 Presidential campaign, candidate George W. Bush argued against expanding American commitments abroad. But, as president, Bush's staunch opposition to foreign entanglements changed soon after the terrorist attacks of September 11, 2001. Since that fateful September morning, American leadership has started wars in two countries and threatened to use force against several others, withdrawn from international treaties and violated international laws, bullied adversaries and alienated allies, pressured friends and angered public opinion worldwide. In many ways, the Bush administration's foreign policy choices have not only undermined America's position as a global leader, but may have also contributed to the decline of peace and security in the world. In very broad strokes, this is the background within which Americans are called upon in November to elect a new president.

For the first time since 1928, no incumbents joined the field of presidential contenders. President Bush's approval ratings have hovered around 30 percent for the last 12 months, with about twice as many Americans disapproving of the job he is doing. Anyone who has traveled to the United States in the last year or so or has been following the media coverage of the 2008 election gets a sense that Americans are ready for a change in the country's political direction. What does this mean for America's position in international relations? Will we see a continuation of or a break with current policies? What foreign policy changes can we expect from the likely contenders in either party? How

will or should they address an ever increasing array of global security challenges while at the same time boost the prosperity and quality of life of Americans? To what extent will threat perceptions and security strategies in the future be framed by the parameters of the global war on terror? Will Washington's near-term policy decisions continue to be shaped unilaterally by its status as a global superpower or is there room for a new multilateralism? How can and should the less fortunate parts of the world benefit from such prospects? The contributors to this issue of Security and Peace tackle these questions in the following pages.

Thomas Jäger and *Peter Rudolf* both assess the global leadership role of the United States for the post-Bush era from a grand strategy point of view and reach a similar, yet similarly sobering conclusion: Washington will continue to base its foreign policy decisions on a hegemonic power calculus. While *Karsten Voigt* agrees that the US will not give up the option to act unilaterally in support of the national interest, his assessment of future transatlantic relations suggests increased pragmatism and a willingness to consult with European allies. From a practitioner's point of view, *F. William Smullen* adds a concerned plea for effective public diplomacy in an effort to improve America's image abroad. *Ramesh Thakur* examines the future of the relationship between the United States and the United Nations in four core areas: the use of force, peace operations, nuclear weapons, and climate change. Finally, *Bernd Kubbig* and *Sven-Eric Fikenscher* reflect in their peer-reviewed contribution on Washington's complex and thorny relationship with Iran.

In the section »Beiträge aus Sicherheitspolitik und Friedensforschung«, *Uwe Jenisch* examines today's risks and available legal means to ensure the security of German coastal waters. *Philipp Rotmann* analyzes in his peer-reviewed article the successes and failures of efforts to establish a police doctrine guiding peace missions of the UN.

The next issue of S+F will deal with the topic of »Regulation of Private Security Companies«.

Volker Franke